Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Pliganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Pliganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 40 | **München, 2. Oktober 1931** | **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5691

	Oktober	Tischri	Bemerkungen
Sonntag	4	23	Thorafreudenfest שמחת תורה
Montag	5	24	
Dienstag	6	25	
Mittwoch	7	26	
Donnerst.	8	27	תקופה
Freitag	9	28	
Samstag	10	29	בראשית מברכין החדש הפטרה ויאמר לו יהונתן (I. Samuel 20, 18—41)

Das Jüdische Echo

Nummer 40 **2. Oktober 1931** **18. Jahrgang**

Nach den Feiertagen

In drei Tagen ist die Zeit der Herbstfeiertage, die das jüdische Jahr in einer langen Zäsur entzwei teilen, vorübergegangen. Die Judenheit in Deutschland vermag in der Gegenwart nicht mehr abzuschätzen, welche Bedeutung, stimmungsmäßig und auch in der Regelung vieler sozialen Interessen, die Zeit der Feiertage in der jüdischen Gemeinschaft früher gespielt hat und noch heute überall dort spielt, wo Juden geschlossen in größerer Menge wohnen und der jüdische Lebensstil nicht nur eine Erinnerung an leider längst Vergangenes, sondern bluterfüllte Gegenwart ist. Nach Abschluß der Feiertage begann noch vor zwei Generationen auch für die deutschen Juden ein neuer „S m a n", d. h. ein neues Semester, an dessen Spitze der Anfang des Unterrichtsabschnittes, die Inangriffnahme neuer Unternehmungen, der Abschluß von Verlöbnissen, die Festsetzung von Zinsterminen, die Vornahme des Wohnungswechsels und dergleichen standen. Heute erinnern sich die meisten Juden in Deutschland nur noch am Rosch Haschanah und am Versöhnungstage ihrer Verknüpfung mit der jüdischen Gesamtheit und nur an diesen Tagen versuchen sie wieder jüdisch zu leben. Aber selbst an den „schrecklichen Tagen" bleibt ein sehr großer Teil der jüdischen Gesamtheit in Deutschland kühl bis ans Herz hinan und die Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft besteht für diesen Teil nur insoweit, als sie objektiv ist; subjektiv entfernen sie sich immer mehr und werden seelisch und gemütvoll, vom jüdischen Standpunkte aus gesehen, stetig heimatloser.

In diesen Zeiten bedeutet der jetzt bevorstehende Beginn des jüdischen Alltags aller Wahrscheinlichkeit nach den Anfang schwerer Monate und ernster Prüfungen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Anläßlich der Jahresbetrachtungen am ersten Tischri ist in einer großen Reihe von jüdischen Zeitungen, verschieden variiert, der Begriff der Zeiten- und Weltenwende auseinandergesetzt und in Beziehung zur jüdischen Gemeinschaft gebracht worden. Es erübrigt sich also, noch einmal ausführlich darauf hinzuweisen, in welchem Grade die jüdische Gemeinschaft in der ganzen Welt und auch in Deutschland von den allgemeinen Umwälzungserscheinungen betroffen wird. Für Deutschland kommt als z u s ä t z l i c h e r s c h w e r e n d e s Moment noch der in immer weitere Kreise vordringende Judenhaß hinzu und auch dort, wo man nicht von einem ausgesprochenen Judenhaß reden kann, wirkt sich der Asemitismus, das „Ohne-Juden-bleiben-wollen" als ein Verdrängungsprozeß der jüdischen Wirksamkeit und Erwerbstätigkeit aus. Es ist in allen jüdischen Gemeinden in Deutschland ein offenes Geheimnis, daß die Gemeinden sich in einer schweren Lage befinden und nur mit Mühe imstande sind, die ihnen obliegenden Aufgaben, besonders charitativer Natur, zu erfüllen. Es wird in dieser Hinsicht leider nicht alles gesagt, was gesagt werden müßte. Man glaubt durch Verhüllen und Vertuschen verhüten zu können, daß sich eine panikartige Stimmung unter der jüdischen Bevölkerung verbreitet. Wir halten diese Methode für abwegig und kurzsichtig. Ein so altes schwergeprüftes Volk, das sich zu allen Zeiten bewährt hat, darf nicht wie ein unerwachsenes Kind behandelt werden, dem man die Schwere des Daseins und die Problematik des Lebens nicht auseinandersetzt mit der Begründung, es werde schon zur geeigneten Zeit davon erfahren und dieser Erkenntnis nicht entgehen. Wir halten es vielmehr für richtig, daß offen und klar ausgesprochen werde, wie seinerzeit Ferdinand Lassalle gesagt hat, w a s i s t.

Wenn man sich an diesen Grundsatz hält, dann kann man nicht genug deutlich und mit zureichendem Ernst darauf hinweisen, wie schwer die kommenden Monate für das Land, in welchem wir leben, für die Bevölkerung und zusätzlich noch für die jüdische Gemeinschaft in diesem Lande werden können. Bisher sind schon zahlreiche Aufrufe für Winterhilfe, für Förderung notleidender Institutionen, für Unterstützung besonders dürftiger Schichten, für Wahrnehmung der besonderen Notstände der älteren Generation und der stellungs- und erwerbslosen Schichten von zentralen Stellen der jüdischen Wohlfahrt erlassen worden. Es ist kein Zweifel, daß jeder Jude diese Aufrufe mit gebührendem Ernst liest und den guten Willen hat, zu helfen. Aber mit dem guten Willen allein ist es nicht getan; leider sind weite Kreise der jüdischen Bevölkerung, die sich nach außen noch den Anschein geben, daß sie in geordneten und gesicherten Verhältnissen leben, in Wirklichkeit völlig im ungewissen über ihr weiteres wirtschaftliches Schicksal, d. h. diese Kreise sind, selbst ihren besten Willen vorausgesetzt, nur in geringem Grade imstande, diesen Willen werktätig umzusetzen. Allerdings, und das darf nicht verschwiegen werden, wird auch in diesen Kreisen sehr oft mit Rücksicht auf das eigene ungewisse Schicksal die innere Ausrede gebraucht, beiseitezustehen. Und das ist in vielen Fällen nicht gerechtfertigt.

Aber — wir haben uns vorgenommen, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen — neben der überwiegenden Masse der jüdischen Existenzen in Deutschland, die gegenwärtig gefährdet oder sogar ruiniert sind, gibt es eine, wenn auch dünne Schicht von Juden, deren wirtschaftliche Lage und deren Vermögensverhältnisse auch in den gegenwärtigen Verhältnissen gar nicht ungünstig sind. Gerade diese Schicht erschwert die Lage der jüdischen Gesamtheit in politischer Hinsicht außerordentlich. Wenn die Propaganda von antisemitischer Seite bei der großen Masse der nichtjüdischen Bevölkerung so rasch wirken konnte, so ist es nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die antisemitischen Agitatoren ein paar jüdische Namen nennen konnten, von denen Deutschland und die ganze Welt wissen, daß sie trotz Krise, Bankenkrach und Währungsverfall noch immer so

günstig gestellt sind, daß sie imstande wären, allein in sehr vielen Fällen die furchtbarsten Erscheinungen der jüdischen Not zu mildern. Und es muß ausgesprochen werden: Nur sehr wenige aus jenen Kreisen empfinden ihre menschliche und jüdische Pflicht, zu helfen und ihrer Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft gerecht zu werden. Es wäre müßige Hoffnung anzunehmen, daß man durch persönliche Fühlungnahme mit einzelnen wohlhabenden und reichen Mitgliedern unserer Gemeinschaft imstande sein wird, die betreffenden Personen an ihre sozialen und jüdischen Pflichten so überzeugend zu mahnen, daß sie diesen Pflichten auch nachkommen. Es gibt einen anderen Weg, der mehr Erfolg verspricht als der Weg von Mann zu Mann, der natürlich auch gegangen werden soll, aber als einzige Methode erfahrungsgemäß versagen wird. Dieser zweite Weg ist die Schaffung einer öffentlichen jüdischen Meinung. Es hat so was vor Zeiten in der jüdischen Gemeinschaft gegeben. Der Druck der jüdischen Meinung war damals so stark, daß kein Jude sich ihm entziehen konnte, es sei denn, er löste sich volltsändig von der jüdischen Gemeinschaft. Es ist unwahrscheinlich, daß es noch gelingen könnte, diese jüdische „opinio" in ihrer alten Stärke wieder herzustellen. Sicher aber ist, daß man sie pfleglich behandeln kann und dann jüdische Menschen, die sich konsequent von der Erfüllung ihrer Pflichten fernhalten, wieder in den Bann der jüdischen Verbundenheit zu zwingen vermag.

In dieser Beziehung müßten die Organe der öffentlichen jüdischen Meinung, nämlich die jüdischen Zeitungen aller Parteirichtungen, ihre Aufgabe erkennen und gemäß dieser Erkenntnis handeln. Immer wieder müßte man darauf hinweisen, wie sehr die jüdischen „Wirtschaftsführer" die jüdische Gemeinschaft politisch belasten und in welchem Maße diese Männer die Verantwortung dafür tragen, wenn kleine jüdische Existenzen durch die Schwere der Zeiten und durch den gegen die Juden gerichteten Verdrängungsprozeß der judenfeindlichen Volksschichten zugrunde gehen. Woche für Woche müßte man darauf hinweisen, und allmählich könnte sich vielleicht auch in verstockten Gemütern und harten Herzen eine Wandlung vollziehen. Möglicherweise werden jene Kreise erkennen, daß nicht nur gegen die wirtschaftlich Schwächsten der Kampf der judenfeindlichen Umwelt geführt wird, sondern daß diese schwachen Existenzen nur die Vorwerke sind und daß der Kampf gegen die Festung der jüdischen „Gewirim" geht.

s. n.

Der Prozeß gegen die Pogromhelden

In dreitägiger Verhandlung — am 18., 19. und 22. September — beschäftigte sich das Schnell-Schöffengericht Charlottenburg im neuen Gebäude des Moabiter Kriminalgerichtes mit den Ereignissen vom 12. September. Die Verhandlung fand im größten Saale des Gerichtes unter außerordentlich starker Beteiligung von Pressevertretern und Publikum statt. In der Nacht vom 22. auf 23. September verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Schmitz, nach der letzten Verhandlung, die mit kurzen eingelegten Pausen 13 Stunden gedauert hatte, das Urteil. Sechs von den 34 Angeklagten wurden freigesprochen. 27 Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 9 Monaten bis zu einem Jahre und 9 Monaten verurteilt. Der Gerichtshof vermied es, auch Zuchthausstrafen, die der Staatsanwalt beantragt hatte, auszusprechen. Aber schon die verhängten Strafen — insgesamt 30 Jahre Gefängnis — sind hart genug.

Durch dieses Urteil hat das Gericht erster Instanz zunächst gegen 33 Angeklagte Recht gesprochen. Das Verfahren gegen den Stahlhelm-Führer Brandt wurde abgetrennt und den ordentlichen Gerichten überwiesen. Die in Haft befindlichen obersten Führer der Berliner nationalsozialistischen Sturmabteilungen, Ernst und Graf Helldorf, sollen in getrenntem Schnellverfahren, wahrscheinlich in den nächsten Tagen, abgeurteilt werden. Die Verhandlung hat zweifelsfrei ergeben, daß es sich um eine

von langer Hand organisierte antisemitische Aktion

der Nationalsozialisten gehandelt hat. Die Anwesenheit von Angehörigen fast aller Stürme des Berliner Gaus der Nazi-Sturmabteilungen, die Finanzierung der Fahrten der einzelnen Teilnehmer aus weit entlegenen Bezirken führten zwingend zum Schluß, daß die Ausschreitungen von einer Zentralstelle aus vorbereitet und planmäßig durchgeführt wurden. Das Motiv für diese Aktion war, entgegen anderslautenden Darstellungen in Presseorganen verschiedener Richtungen, der Antisemitismus. Da die Nationalsozialisten weder politisch noch wirtschaftlich irgendeinen Erfolg in der letzten Zeit zu verbuchen hatten und andererseits bestrebt sind, die große Schar ihrer Anhänger bei der Stange zu halten, so machten sie den Versuch, in der von ihnen als Linie des geringsten Widerstandes betrachteten Richtung, nämlich in der Betätigung ihres schrankenlosen Judenhasses, Erfolge zu erringen. Die über die abgeurteilten Teilnehmer verhängten Strafen sind, rein juristisch betrachtet, ziemlich schwer. Sie wurden wegen der Zusammenrottung und der Teilnahme am Landfriedensbruch ausgesprochen, ohne daß in der Verhandlung dem größten Teile der Angeklagten beweiskräftig bestimmte verbrecherische, gegen Passanten verübte Handlungen nachgewiesen worden sind. Dies ist auch in Anbetracht der Blitzartigkeit in der Durchführung der einzelnen Überfälle auf Passanten und der verübten Sachbeschädigungen nicht möglich gewesen. Keiner der Geschädigten konnte zweifelsfrei in bestimmten Angeklagten die Täter erkennen. Aus diesem Grunde sind die verhängten Strafen im allgemeinen gleichmäßig. Nur sechs Angeklagte, denen eine führende Rolle bei den Exzessen nachgewiesen werden konnte, erhielten höhere Strafen. Es ist festzustellen, daß die Verhandlung und gerichtliche Ahndung der Exzesse mit einer erfreulichen Beschleunigung durchgeführt wurde.

Die wahrhaft Schuldigen sind jedoch nicht vor den Schranken des Gerichts gewesen.

Es fehlten die geistigen Führer und verantwortlichen Drahtzieher der Ausschreitungen. Vielleicht wird die Verhandlung gegen Graf Helldorf und Kurt Ernst, den Sturm-Abteilungsführern Berlins, dazu beitragen, vor Gericht die Zusammenhänge nach dieser Richtung genauer zu beleuchten.

Es ist unmöglich, den ganzen Verhandlungsbericht auch nur auszugsweise wiederzugeben. Wir wollen uns darum im nachfolgenden auf die Charakteristik der in dem großen Prozeß die Hauptrolle spielenden Faktoren beschränken.

Der Gerichtshof

Das Schnell-Schöffengericht setzte sich aus zwei Laien- und zwei beamteten Richtern zusammen. Verhandlungsführer war Landgerichtsdirektor Dr. Schmitz, der Berliner Öffentlichkeit zuletzt durch die Führung des Prozesses in der Mordsache Lieschen Neumann bekannt. Dr. Schmitz leistete im Prozeß eine außerordentlich umfangreiche und gründliche Arbeit. Die Art, wie er Angeklagte und Zeugen verhörte, wie er Ergebnisse von Aussagen zusammenfaßte, wie er entsprechend dem Bildungsgrade der einzelnen Angeklagten und Zeugen die Vernehmung leitete, war bewundernswert. Es ist nicht zu leugnen, daß er sehr oft die Angeklagten etwas ironisiert hat. Er war aber dazu gezwungen. Denn die Angeklagten erlaubten sich geradezu eine Verhöhnung des Gerichtes. Ihre kindischen, dumm-dreisten und lächerlichen Ausreden, daß sie harmlose Spaziergänger gewesen wären, daß die Rufe der Sprechchöre „Deutschland erwache! Juda verrecke!" Friedensermahnungen waren, daß sie sich den „jüdischen Sylvester" und ein aus diesem Anlasse abgebranntes Feuerwerk ansehen wollten, waren freche Verulkungen des Gerichtshofes.

Die Vertreter der Staatsanwaltschaft traten in den drei Verhandlungstagen nur sehr selten in Erscheinung. Erst in ihren Schlußreden konnte man erkennen, wie sie den Prozeß auffassen. Sowohl Staatsanwalt Stenig, wie auch sein Gehilfe Schade sprachen in ihren Vorträgen mit aller Deutlichkeit aus, um was es sich handelt. Während des Prozesses trat es nicht deutlich in Erscheinung, daß die ganze Verhandlung ein typischer Juden-Prozeß war, d. h. ein Prozeß, dessen bewegendes Moment die Judenfrage ist. Erst die Staatsanwälte nannten das Kind ungeschminkt beim rechten Namen. Ausdrücklich hob dies der zweite staatsanwaltliche Vertreter Schade hervor. Sein Vortrag war besonders in den Schlußsätzen vielleicht das Beste, was in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit über die Vorgänge, sowohl von jüdischer wie nichtjüdischer Seite gesagt wurde. Besonders der Hinweis, daß sich die Exzedenten der herrschenden Arbeits- und Erwerbslosigkeit sozusagen als Wandschirm bedient hatten, um dahinter ihre antisemitischen Instinkte austoben zu lassen, wirkte nach der klassischen Darlegung aller Einzelheiten der Vorgänge am 12. September restlos überzeugend. Man erlebte während der Verhandlung die Genugtuung, daß sowohl der Gerichtsvorsitzende wie auch die Staatsanwälte, abgesehen von ihrer amtlichen Eigenschaft, rein menschlich sich als Wahrer der Ehre und des Ansehens des deutschen Volkes und der deutschen Republik präsentierten.

Die Verteidigung

Die Verteidiger der Angeklagten — zwei von der nationalsozialistischen Partei für 33 Angeklagte bestellte Rechtsanwälte und ein Rechtsanwalt für den Angeklagten Brandt — hatten einen schweren Stand. Angesichts der klaren Sachlage und der Schwere der begangenen Verbrechen, der Aussagen der betroffenen Opfer und der Zeugen, darunter in der Hauptsache unter ihrem Diensteid aussagende Polizeibeamten, konnten die Rechtsanwälte, auch wenn sie Genies ihres Berufes gewesen wären, wenig ausrichten. Immerhin scheint es auf ihren Ratschlag zurückzuführen zu sein, daß die Angeklagten sich allesamt davor hüteten, zuzugeben, sie hätten antisemitische Rufe ausgestoßen, oder es hauptsächlich auf Juden abgesehen. Manche Zuhörer des Prozesses wollten in dieser Haltung der Angeklagten einen „letzten Rest von Scham" erblicken, andere betrachteten diese Haltung als „ausgesprochene Feigheit", weil die Angeklagten nicht zu ihren antisemitischen Überzeugungen und antijüdischen Ausschreitungen gestanden haben. Beide Auffassungen scheinen uns unzutreffend zu sein. Die Angeklagten empfanden und empfinden nicht die geringste Scham darüber, daß sie Judenfeinde sind und haben in keiner Weise die Überzeugung, daß Judenhaß und Judenhetze etwas Verächtliches und Kulturwidriges sind. Im Gegenteil, präzis gefragt, bekannten sie sich zu ihrem antisemitischen Programm. Graf Helldorf, der oberste Sturm-Abteilungsführer, erklärte mit selbstverständlicher Miene und dem natürlichsten Tone der Welt: „Jedermann weiß, daß wir Antisemiten sind." Es war also keine Scham, wenn sich die Angeklagten darüber ausschwiegen, daß sie im Chore „Juda verrecke" gebrüllt und Juden oder Personen, die sie für Juden hielten, überfallen hatten. Es war auch keine Feigheit im gewöhnlichen Sinne, denn viele Angeklagte gaben zu, gegen den „Kapitalismus", gegen die „satten Leute auf dem Kurfürstendamm", gegen den Luxus demonstriert zu haben. Wenn sie es geflissentlich vermieden, einzugestehen, daß ihre Demonstration eine ausschließlich gegen die Juden gerichtete gewesen war, so geschah dieses zweifellos auf Grund einer vor der Demonstration ergangenen juristischen Belehrung und der nach der Verhaftung erteilten Ratschläge der Verteidiger. Diese war dauernd aber vergeblich bestrebt, durch Zwischenfragen den Eindruck zu verwischen, daß es sich erstens um eine vorbereitete und zweitens um eine nur gegen die Juden gerichtete Aktion gehandelt hat.

Die Angeklagten

Insgesamt zierten 34 Angeklagte die vier Bankreihen zu beiden Seiten des Saales, die sonst für die Geschworenen reserviert sind. Die meisten der Angeklagten — die ganz jugendlichen sollen vor einem Jugendgericht abgeurteilt werden — standen im Alter von 20 und darüber. Nur wenige sind über 30 Jahre alt. Unter den Angeklagten befinden sich hauptsächlich Handarbeiter, kaum ein einziger ist erwerbs- und derart mittellos in dem Sinne, daß er zur Verzweiflung getrieben sein könnte. In der Urteilsbegründung wies der Vorsitzende mit Recht auf diese Tatsache hin und betonte, daß es sich um eine „Demonstration des Mutwillens" gehandelt habe und daß die Angeklagten den Winter sozusagen als „Saison für Unruhen" eröffnen wollten. Darum sei der Staat gezwungen, seinerseits dieser Eröffnung mit einer „Saison der Strafen" zu begegnen. Die meisten der Angeklagten wohnen bei ihren Eltern und werden, aller Wahrscheinlichkeit nach, im wesentlichen von diesen unterhalten. Einige Gesichter sind wenig sympathisch, andere hingegen tragen die Züge netter Jungen, denen man derartige Ausschreitungen gar nicht zutrauen würde. Auffallend sind die vielen slavisch und französisch klingenden Namen der Angeklagten. Unbedingte germanische Rassenreinheit scheint also nicht eine Voraussetzung für die Aufnahme in eine Sturmabteilung der Nazis zu sein. Einige Angeklagte sprechen Berlinisch. Der Gerichtsvorsitzende läßt das mit der Bemerkung gelten: „Nun schön, wir wollen uns also in der Landessprache unterhalten." Andere drücken sich gewählt aus. Alle sind sie, darüber kann kein Zweifel bestehen, ihren Führern blindlings ergeben und fanatische Judenhasser. Im übrigen — man entschuldige diese Feststellung — unterschieden sich die 34 Ange-

klagten in Benehmen und Habitus durch nichts von der großen Masse der Bevölkerung in Deutschland in dem ungefähr gleichen Alter. Wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß man in die Reihen der Nationalsozialisten greifen muß, um Judenhasser zu finden, so ist das eine irrige Annahme. In vielen Fällen wird man nicht fehlgehen, auch wenn man daneben greift.

Die Angeklagten benahmen sich flegelhaft, wie eine Schulklasse von schlechten Jungen, die etwas ausgefressen hat und nun bestrebt ist, dem Lehrer eine Nase zu drehen und ihn zu beschwindeln. Die Angeklagten spielten Theater, obendrein schlechtes. Sie benahmen sich schuljungenhaft, trugen äußerlich eine heitere Miene zur Schau, lachten die Bekannten im Zuschauerraume an und taten harmlos wie Unschuldsengel. Keinem dieser Jungen kam es zum Bewußtsein, daß er etwas Unrechtes getan hätte und dies nicht etwa darum, weil Erkenntnis eigener Schuld ein bei den meisten Menschen seltenes Phänomen ist, sondern weil diese Jungen in ihrer Partei, in ihrer Umgebung dazu erzogen wurden, im Juden Freiwild, die Verkörperung des bösen Prinzips zu erblicken, und darum absolut nicht begreifen können, daß ein Angriff auf Juden etwas Strafwürdiges oder gar Verächtlich-Unsittliches wäre.

Opfer und Zeugen

Unter den Opfern der Ausschreitungen befanden sich sehr viele Nichtjuden. So wäre es falsch anzunehmen, daß mehr Nichtjuden als Juden durch die Antisemiten am 12. September zu Schaden gekommen sind. Sehr viele Juden, welche mißhandelt wurden, haben sich überhaupt nicht gemeldet. Außerdem hat die Staatsanwaltschaft, offenbar um die Sinnlosigkeit und Schwere der verübten Exzesse besonders sinnfällig zu demonstrieren, mit Bedacht nichtjüdische Opfer als Zeugen geladen. Da sah man einen Rumänen, einen Armenier, einen Ägypter, einen schwarzhaarigen nichtjüdischen Handelsangestellten, — lauter Nichtjuden, die aber, weil sie dunkelhaarig sind, von den Hakenkreuzlern als Juden angesehen wurden. Die Nazis haben offenbar ein ganz primitives Rassenrezept: Schwarz ist jüdisch, blond ist arisch. Wie weit sie mit diesem Rezepte kamen, bewiesen die vor den Gerichtsschranken als Zeugen aufgerufenen Opfer. Die Geschädigten wurden alle unter Eid vernommen und waren schon darum gezwungen, in ihren Aussagen äußerst vorsichtig zu sein. Trotzdem hätte man, wenn diese Opfer rachsüchtig und unversöhnlich gewesen wären, selbst in ihren vorsichtigen Aussagen diese innere Einstellung erkannt. Man konnte aber feststellen, daß, abgesehen von einem vernommenen 63jährigen Zahnarzt, bei den Opfern gegenüber den Angeklagten eher ein Gefühl der Verachtung als das der Rachsucht und Empörung geherrscht hat. Von allen Aussagen waren die des Journalisten Dr. Kraft wohl am klarsten und überzeugendsten. Der Kuriosität halber sei erwähnt, daß ein Zeuge, der nicht geschädigt war und sich freiwillig zur Aussage gemeldet hatte, deponierte, er sei organisiertes Mitglied der Sozialdemokratie und habe den Eindruck gehabt, daß „die Juden provoziert" hätten. Von dieser Aussage bis zur Annahme, daß die „Weisen von Zion" in einer geheimen Versammlung beschlossen hätten, gegen sich selbst einen Pogrom zu veranstalten, ist wohl nur ein Schritt.

Die Mehrzahl der Zeugen waren Polizeibeamte. Ihre Aussagen waren so klar, so eindeutig, so abgewogen, daß man von den menschlichen und dienstlichen Qualitäten dieser Zeugen den besten Eindruck gewann. Allerdings ging aus der Verhandlung klar hervor daß beim Beginn der Ausschreitungen zu wenige Polizeileute an Ort und Stelle gewesen waren. Die meisten erschienen erst in der Zeit zwischen 9 und 10 Uhr und konnten nur „Aufräumearbeit" leisten. Einmütig sagten alle Polizeibeamten aus, daß die Demonstration einen ausgesprochen antisemitischen Charakter trug und daß sie den Eindruck einer planmäßig organisierten Aktion gewannen.

Als Zeugen wurden auch die obersten Führer der Berliner Sturmabteilungen, Graf Helldorf und Kurt Ernst, vernommen. Bei beiden setzte das Gericht, da diese Zeugen sich in Haft befinden und demnächst gegen sie verhandelt werden wird, die Vereidigung aus. Helldorf ist 35 Jahre, Ernst 26 Jahre alt. Beide machen den Eindruck von Offizieren des ancien régime. Ernst wurde zuerst verhört. Er spricht mit schnarrender Stimme, hochnäsig und von einem Selbstbewußtsein geschwellt, das für normale Menschen unverständlich ist. Graf Helldorf, wie wir erfahren, ein reicher pommerscher Großgrundbesitzer, wirkt vierschrötig, bauernschwer. Diese beiden Zeugen tragen lackierte Stulpenstiefel, und man wundert sich, daß derartige Figuren in den Kreisen ihrer Anhänger immerhin als „Arbeiterführer" ernst genommen werden. Helldorf und Ernst waren, wie sie angaben, am 14. von Berlin nach München zu einer Führertagung der Nationalsozialisten gereist. Die öffentliche Meinung meint, sie seien geflohen. Nun sind sie doch erschienen und man geht nicht in der Annahme fehl, daß man ihnen in München den dringenden Rat erteilt hat, den Pflichten ihrer Führerschaft in Berlin nachzukommen und durch Übernahme der Verantwortung die Empörung in den eigenen Reihen zu dämmen. Vor Gericht machen beide Zeugen, man erkennt das auf den ersten Blick, trotz der Forschheit ihres Auftretens und des Brusttons, in dem sie sprechen, keine richtigen Angaben. Ob man ihnen jedoch so ohne weiteres den Vorwurf machen darf, daß sie „lügen", ist eine schwer zu beantwortende Frage. Sie negieren den Staat, in dem sie leben. Sie betrachten die Funktionäre dieses Staates als moralisch minderwertige Usurpatoren und „Judenknechte". Von ihrem Standpunkte aus sind sie gegenüber diesem Staate, der sie zur Verantwortung zieht, nicht verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Daß ihr Standpunkt, objektiv betrachtet, hirnverbrannt ist, gehört in ein anderes Kapitel.

Aufreizend in höchstem Maße ist die Wiederkehr der bei den Nationalsozialisten üblichen Begriffe: „Sturmabteilung", „Befehl", „Kontrollfahrt" usw. Man greift sich an den Kopf. Wie ist es möglich, daß in einem geordneten Staatswesen sozusagen ein Nebenstaat existiert mit eigenen Gesetzen und Vorstellungen, die für die Bürger des Nebenstaates, die Parteigenossen der Nazis, einzig und allein verbindlich sind. Betrachtungen hierüber wären aber, wie Fontane sagt, ein weites Feld. Sie gehören nicht hierher.

Der Eindruck des Urteils

Es ist auffallend, daß die große Presse, mit Ausnahme des Abendblattes vom „Vorwärts", keine Stellung zum Urteil nimmt. Es sei ohne weiteres zugestanden, daß, rein juristisch betrachtet, die verhängten Strafen ziemlich hart sind. Der Gerichtsvorsitzende hatte aber während der Verhandlung mehrfach darauf hingewiesen, daß es sich in diesem Falle um einen politischen Prozeß handelt und daß demzufolge eine gewisse Staats-Notwehr vorliegt. Diese aber operiert stärker mit der

Abschreckung — als mit der Vergeltungs- oder Besserungstheorie. Daß das Urteil in rechtsgerichteten Blättern verdammt wird, ist selbstverständlich. Entgegen vielfach verbreiteten Auffassungen ist jedoch gegen das erflossene Urteil eine Berufung möglich. Allerdings bleiben die Verurteilten zunächst in Haft und bis die dritte Instanz, das Reichsgericht, ihr Urteil gesprochen haben wird, können unter Umständen Monate verstreichen.

Wie wird das Urteil von der Bevölkerung aufgenommen?

Auf jüdischer Seite hat man die begründete Empfindung, daß das Gericht die Vorfälle zutreffend gewürdigt und richtig beurteilt hat. Auf nichtjüdischer Seite aber... Man soll sich nicht täuschen; leider empfindet ein großer Teil der Masse dieses Urteil nicht als gerechte Vergeltung. Vielleicht darum, weil es sich um Juden gehandelt hat.

m. w.

Berufung im Prozeß gegen die Kurfürstendamm-Nazis

Berlin, 28. September. (JTA.) Gegen das Urteil des Schnellschöffengerichts Charlottenburg, welches gegen die Teilnehmer an den antisemitischen Ausschreitungen am Kurfürstendamm mit einer einzigen Ausnahme auf einfachen Landfriedensbruch erkannt hat, hat die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Die Staatsanwaltschaft steht auf dem Standpunkt, daß es sich um schweren Landfriedensbruch handelt und somit in mehreren Fällen auf Zuchthaus zu erkennen war. — Auch die Verteidiger der verurteilten Nationalsozialisten haben gegen das Urteil, das ihrer Ansicht nach allzu drakonisch ausgefallen ist, Berufung eingelegt.

Rund um die Berliner Ereignisse

Berlin, Ende September.

Eine feierliche Repräsentantensitzung

(ak) Die Repräsentantensitzung am Samstagabend war wohl die feierlichste und ernsteste, die seit langem stattgefunden hat. R.-A. Dr. Klee führte zunächst den Vorsitz, dann begründete er die Anfrage von seinem Platze aus. Es herrschte eine angespannte Aufmerksamkeit und feierlichste Ruhe, als Klee seine scharf formulierte und prägnante Begründung der Anfrage vorbrachte. Nach ihm sprach Dr. Kleemann für den Vorstand und Dr. Fleischer, der Fraktionsführer der Liberalen. Fleischers Ausführungen waren in einem warmen Tone gehalten: bemerkenswert nach den letzten gemeindlichen Vorgängen war sein Wunsch nach Zusammenarbeit und interfraktionellen Aussprachen. Was das bei den augenblicklichen Machtverhältnissen in der Gemeinde bedeutet, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Fleischers Rede hatte etwas von dem Geiste an sich, wie er zwischen Rausch haschono und Jaum Kippur in jüdischen Kreisen herrscht. Klee verlas dann die von allen Parteien gemeinsam formulierte Resolution, die einstimmig angenommen wurde. Sie hat eine scharfe Spitze gegen die Reichsregierung. Man kann nicht sagen, daß dies unberechtigt ist, denn die Reichsregierung hätte eine Gelegenheit finden müssen, um sich in aller Form und in aller Schärfe gegen die Vorfälle zu wenden, die nach der Meinung aller den letzten Rest des Vertrauens in Deutschland untergraben müssen. Sie hat es lieber der preußischen Regierung überlassen. Man muß vor den Hintergründen dieser Taktik erschrecken.

Ungeschicklichkeiten

Der Gemeindevorstand hat bereits im Laufe der vergangenen Woche an die Repräsentanten einen Bericht über die Vorfälle erstattet. Der Bericht ist vertraulich gewesen. Es ist allerdings interessant, daß, nach den erreichbaren Informationen, dieser Bericht sehr ungeschickte Angriffe gegen eine verantwortliche Stelle im preußischen Innenministerium enthielt. Man sollte an leitender Stelle der Gemeinde doch wohl wissen, daß von dort aus Alles getan worden ist, was nach den Vorfällen zu tun übrig blieb. Allerdings ist es im höchsten Grade bedauerlich, daß bei dem Besuche der C.V.-Führer im preußischen Innenministerium der Syndikus des C.V. Dr. Wiener, auf die Bemerkung, daß die mit Brillanten und Pelzen geschmückten Frauen Anstoß erregt haben, nichts anderes zu antworten hatte als diesen Umstand zu bedauern. Als ob auf dem Kurfürstendamm nicht gewisse „Herrschaften" weiblichen Geschlechtes in einem viel aufdringlicherem Zustand einherwandeln, ohne daß es bisher zu Exzessen gegen sie gekommen wäre. Unbewußt muß man sich wohl an amtlicher Stelle die Argumentation der Nazis zu lebhaft vor Augen geführt haben, um den jüdischen Beschwerdeführern mit einer derartig dreisten Verschiebung der Schuldfrage einen Nasenstüber zu geben. Es ist noch nicht die Zeit, um diese Angelegenheit restlos klarzustellen.

Was tat der C.V.?

Über die verschiedenen Schritte des Central-Vereins ist in diesem Blatte mit der notwendigen Distanz berichtet worden. Ein gut Teil der Maßnahmen vollzog sich im Hintergrund, war also der Beachtung in der Öffentlichkeit aus begreiflichen Gründen entzogen. Dennoch kann nicht gesagt werden, daß alle Maßnahmen restlos befriedigten. Wir berufen uns hier auf einen Kronzeugen, der gewiß nicht in den Verdacht kommen wird, dem C.V. unfreundlich gegenüberzustehen. Dr. Fleischer erteilte in einer schon oben erwähnten Rede in der Repräsentanz dem C.V. eine leichte Abfuhr. So muß man es als ein geradezu unentschuldbares Versehen betrachten, daß der sozialistische Pressedienst die Protestresolution des C.V. nicht zugeschickt bekam. Auch die kommunistischen Zeitungen wurden nicht damit bedient. Ein erheblicher Teil der bürgerlichen Zeitungen hat die Resolution übrigens nicht veröffentlicht. Der Rundfunk war, wie behauptet wird, durch den Bericht über das Eisenbahnattentat und den Heimwehrputsch überlastet. Die Pressestelle des Polizeipräsidiums hat in einer unerhörten Art die Ausschreitungen bagatellisiert. Aber warum man sich nicht an die Pressestelle des preußischen Innenministeriums gewandt hat, ist unbegreiflich. Man hätte hier sehr viel erreichen können, wenn man nur gewollt hätte. Es ist wirklich rätselhaft, daß man hier nicht mit allen Kräften sich bemüht hat. Diese Beziehungen, die der C.V. spielen ließ, scheinen, an den Resultaten gemessen, nicht sehr tiefgehend zu sein. Wenn auch zuzugeben ist, daß jedermann durch die Ereignisse überrascht wurde, und daß die Schärfe der Kritik durch die Besonderheit der Umstände verursacht wird, so muß man doch sagen, daß die Erprobung des C.V. an diesen schlimmen Vorfällen leider nicht zugunsten des C.V. ausfallen kann. Unter diesen Umständen gewinnt eine in der Repräsentantensitzung gefallene Äußerung, daß eine Abwehrorganisation in Vorbereitung ist, die alle

jüdischen Parteien und Richtungen umfassen soll, eine schwerwiegende Bedeutung.

Die Hintergründe der Krawalle

Die „Welt am Abend“ ist in der Lage, über die Hintergründe des Kurfürstendamm-Pogroms Ausführungen zu machen, die ein grelles Schlaglicht auf die Zustände und Vorstellungen der Pogromisten wirft. Wenn auch einige Vorbehalte wegen der politischen Einstellung der zitierten Zeitung notwendig sind, so hat es sich doch schon in unzähligen Fällen erwiesen, daß sie vorzüglich informiert ist. Nach ihren Ausführungen sind die S.A.-Leute mit den Legalitätsbestrebungen der Parteileitung schon seit langem unzufrieden, sie wollen losschlagen. Die „Welt am Abend“ schreibt dann weiter: „Die S.A.-Führung verlangt von der Berliner Parteileitung die Erlaubnis zu einer Aktion. Göbels, dem es wohl bekannt ist, daß Hitler im Frühjahr mit Hugenberg zusammen die Macht auf legaler Basis zu übernehmen hofft und der weiter weiß, daß Hitler Hindenburg seine Pläne vorzutragen wünscht, ist sich klar darüber, daß eine solche Aktion Hitlers Pläne stören würde. Er versuchte daher einen Ausweg und wies die S.A.-Leitung an, die Aktion am jüdischen Neujahrsfeste zwar durchzuführen und den S.A.-Leuten auf diese Weise eine Ablenkung und Beschäftigung zu geben, aber gleichzeitig dafür zu sorgen, daß diese Aktion in bezug auf die Partei getarnt bleibe.“ Hinzuzufügen ist hier eigentlich nichts. Es sind sehr präzise und auch einleuchtende Angaben, die mit der politischen Konstellation und auch mit dem Verhalten der Reichsregierung in Übereinstimmung stehen. Die jüdische Situation zwischen diesen politischen Blöcken ist geradezu verhängnisvoll. Es wird zu überlegen sein, wie weit man von jüdischer Seite durch geeignete Selbstschutzmaßnahmen in Verbindung mit den bestehenden linksgerichteten Organisationen diesen trüben Aussichten zuvorkommt.

Die Resolution der Berliner Repräsentantenversammlung

1. Die Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde drückt den Opfern der antisemitischen Überfälle im Berliner Westen am ersten Rosch-Haschanah-Tage ihr Mitgefühl aus. Sie betrachtet das am 12. September einzelnen Juden und Jüdinnen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Judentum zugefügte Unrecht als eine der jüdischen Gesamtheit angetane schimpfliche Unbill.

2. Die Repräsentantenversammlung nimmt von den Maßnahmen Kenntnis, die die Polizei-Behörde und die preußische Staatsregierung ergriffen haben; sie erblickt in ihnen die Erfüllung der selbstverständlichen Pflicht des Staates, die persönliche Sicherheit und das Recht der freien Religionsbetätigung der gesamten Bevölkerung, in diesem Falle der jüdischen, zu schützen. Sie erwartet von der Reichsregierung den gleichen Schutz.

3. Die Repräsentantenversammlung billigt die Schritte des Gemeindevorstandes und erwartet, er werde auch weiterhin alles tun, damit den Juden die ungestörte Religionsübung und der Schutz von Leib und Leben gesichert werden.

Das deutsche Judentum in der Krise

Der Vortrag von Ministerialrat Hans Goslar im Kunstgewerbesaal war die bei weitem am stärksten besuchte Veranstaltung der Zionistischen Ortsgruppe seit langer Zeit. Das Thema „Das deutsche Judentum in der politischen und wirtschaftlichen Krise“ und die Person des Referenten hatte diesesmal auch eine große Anzahl von Nichtzionisten herbeigeführt; gerade für sie dürften die Ausführungen des Redners von nachhaltigstem Eindruck gewesen sein. Ihr Inhalt sei im Folgenden in Kürze wiedergegeben:

Die Rosch-Haschanah-Vorgänge in Berlin haben gezeigt, daß die Lage der deutschen Juden heute besonders schwierig ist. Man sieht sich einer Hochflut des Antisemitismus gegenüber, die rechtsradikale Presse hört nicht auf, die vergiftenden Gedanken, weiterhin zu propagieren, in denen sie die Juden und ihre Lehre als moralisch minderwertig zu stempeln sucht. Der jetzige Terror stellt das Schlimmste dar seit dem finstersten Mittelalter.

Auch die wirtschaftliche Lage ist heute sehr schlecht. Besonders das Reservoir des deutschen Judentums in den Ostprovinzen ist zwischen den beiden „Mühlsteinen“ Deutschland und Polen aufgerieben worden; starke Abwanderung in die Großstädte folgte. Hier und im ganzen Reich richteten die wirtschaftliche Entwicklung und die Boykottpolitik den jüdischen Kleinhandel zugrunde; dazu kamen noch die Erscheinungen der Inflation, die das Rentnertum schwer schädigten. Ferner muß man an den Abbau jüdischer Angestellter in den nichtjüdischen Geschäften erinnern, unter dem besonders die orthodoxen Juden zu leiden hatten. Das Angestelltenproblem ist heute eine der wichtigsten Fragen des deutschen Judentums.

All demgegenüber fehlt bei uns jede Einheit, es fehlt eine G e s a m t v e r t r e t u n g der deutschen Juden, ohne die alle Bemühungen um Verbesserung der Lage erfolglos bleiben müssen. Dazu sind wir ganz unjüdisch geworden, weil die Lehre in Vergessenheit geraten ist und trotz mancher großer Persönlichkeit, die aus unseren Reihen hervorgegangen ist, war eigentlich der klägliche Rest, der nach den Verfolgungen früherer Zeit übrig geblieben ist, geistig produktiver als die jüdischen Millionen, die heute die Welt bevölkern, da die Schule des Scharfsinnes, die Beschäftigung mit der Lehre, fehlt. Weiter folgt daraus eine gewisse Haltlosigkeit gegenüber äußeren Angriffen und innerjüdischen Konflikten. Und doch könnten auch bei den Nichtjuden Ausstrahlungen jüdischen Geistes wirksam werden, wenn der uralte geistige Besitz nur bei den Juden selbst wieder lebendig würde, wofür der Redner eine Reihe von Beispielen brachte (Bodenspekulation und Jobeljahr, freier Arbeitsvertrag im alten jüdischen Staate). Und was wäre schließlich der Welt mehr zu wünschen als das alte, jüdische Ideal: Schalom, Friede! — Solcherlei sind die Grundgesetze, für die unsere Väter alle Martern erduldeten und nicht diejenigen, die uns von unseren Feinden unterschoben werden!

Der Redner fordert zur Behebung der innerjüdischen Krise Stärkung des Verantwortungsbewußtseins unter den Juden. Dazu ist eine Einheitsfront fern von aller Parteidoktrin nötig und eine Verlebendigung der jüdischen Gemeinden, die nicht länger tote Organisationen sein dürfen. Zum Zusammenhalt der Gemeinde tut eine Neubelebung des alten jüdischen Zedokgedankens, eine Intensivierung der Gottesdienste not; die Synagoge soll wieder, entsprechend ihrem Namen, Sammelpunkt der Gemeinde werden; nicht als Fremder soll man sie betreten, sondern in ihr sich heimisch fühlen.

Vor völliger Vernichtung kann uns nur die Thora, der „Baum des Lebens“, retten, die in jüdischen Schulen wieder gelehrt werden muß.

Um der äußeren Lage Herr zu werden, muß die Solidarität größer werden; zur Behebung der wirtschaftlichen Krise ist ein Druck auf die Arbeitgeber nötig, zur Rettung der Angestellten und Arbeiter. Die geistige Judennot kann jedoch nur beendet werden, durch eines: Palästina, die werdende Stätte jüdischen Lebens und Geistes. Es gibt kein besseres Mittel gegen jenen Antisemitismus, der die Juden zu bloßen Geldraffern stempeln will, unfähig, aus Idealismus zu arbeiten. Jenes Werk wird neuen Respekt vor dem jüdischen Namen erwecken und neu den gesunkenen Mut heben. Auch frühere Generationen hatten es schwer gehabt und doch alles überwunden, denn ihr Blick war auf die Zukunft gerichtet, und neuen Lebensmut schöpften sie stets aus der Thora. Auch wir werden uns halten und an Kraft zunehmen in der Beschäftigung mit der Lehre und in der Arbeit an Palästina. —

Wie stark die aus echtestem jüdischen Gefühl kommende Wärme und Begeisterung des Vortrags auf alle Zuhörer gewirkt hat, zeigte sich in dem außerordentlich starken Beifall, der dem Redner dankte. In der anschließenden Diskussion versuchte namens des Central-Vereins Dr. Cahnmann nachzuweisen, daß nicht die von dem Redner geforderte Verlebendigung des Judentums, sondern die „Verteidigung der Errungenschaften der Emanzipation“ die dringendste Aufgabe der deutschen Juden in dieser Krisenzeit sei. Ihm traten Justizrat Straus und in seinem Schlußwort Goslar entgegen, die betonten, daß nicht der auf das uralte jüdische Geistesgut und die Jahrtausende alte jüdische Geschichte zurückgreifende religiöse Zionismus, sondern die vom Central-Verein vertretene Geisteshaltung eine nur rückschauende sei, da sie versucht, mit den durch die tatsächliche Entwicklung als irrig erwiesenen Anschauungen der vorhergehenden Generationen weiterzuleben. Wenn es einen Ausweg für das deutsche Judentum gibt, so dürfte Goslar ihn gezeigt haben — ist er selbst doch der beste Beweis dafür, daß das Leben nach seinen Forderungen verlangt, nicht nur nicht Errungenschaften der Emanzipation preis gibt, sondern jüdische Menschheit in stärkstem Maße mit jüdischer Gläubigkeit, jüdischem Lebensmut und jüdischem Willen erfüllt. Ottmar Blum.

Aus der jüdischen Welt

Die 106. Friedhofschändung

Berlin, 24. September. (JTA.) Vor einiger Zeit wurden auf dem jüdischen Friedhof in Kirchen bei Lörrach Grabsteine durch Würfe mit schweren Steinen zerstört und Inschrifttafeln beschädigt. Die Tat wurde erst spät entdeckt, so daß sich die Verfolgung der Täter schwierig gestaltet. Auf ihre Ergreifung ist eine Belohnung von 100 RM. ausgesetzt worden. Die „C.V.-Zeitung“ weist darauf hin, daß das Karlsruher nationalsozialistische Blatt „Der Führer“ behauptet, Juden seien die Täter, ohne auch nur die Spur eines Beweises erbringen zu können.

Nationalsozialistischer Sieg in Hamburg. — Die Mandate der Hitlerpartei in der Hamburger Bürgerschaft von 3 auf 43 erhöht

Hamburg, 28. September. (JTA.) Bei einer Beteiligung von 83 Prozent der Wahlberechtigten wurde am gestrigen Sonntag die Hamburger Bürgerschaft, das Parlament des Freistaates Hamburg, neu gewählt. Das Resultat ist, daß die bisher regierende große Koalition, die die Parteien von den Sozialdemokraten bis zur Volkspartei umfaßte, nicht mehr über die absolute Mehrheit verfügt. Den meisten Gewinn haben die Nationalsozialisten zu verbuchen, die ihre Mandatszahl in der Bürgerschaft von 3 (i. J. 1928) auf 43 erhöhen konnten und sogar gegenüber den Reichstagswahlen am 14. September 1930 nahezu 60 000 Stimmen gewannen.

Unter den durch die Wahlen geschaffenen Verhältnissen erscheint die Bildung eines Senats, der sich auf eine Mehrheit stützen könnte, unmöglich. Es verlautet aber, daß die Parteien der bisherigen Koalition die Wahlen anfechten werden, da dieselben auf einen Tag ausgeschrieben wurden, der ein jüdischer Feiertag ist, wodurch sich zahlreiche religiös gesinnte jüdische Wähler gezwungen sahen, der Wahlurne fern zu bleiben. Einem Ersuchen der Jüdischen Gemeinde, die Wahl auf einen anderen Tag zu verschieben, wurde nicht stattgegeben; somit ist eine wesentliche Bestimmung der Reichsverfassung, diejenige nämlich, die jedem Bürger Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert, verletzt worden, was ein Wahlanfechtungsgrund ist.

Dr. Weizmann nach Deutschland eingeladen

Berlin, 24. September. (JTA.) Der geschäftsführende Ausschuß der Zionistischen Vereinigung für Deutschland hat in seiner Sitzung vom 17. September einstimmig folgende Resolution angenommen:

Der G.A. begrüßt es mit lebhafter Freude, daß Dr. Weizmann die Einladung der südafrikanischen Zionisten angenommen hat, und bittet ihn, vor Antritt seiner Reise nach Südafrika als Gast der Z.V.f.D. nach Deutschland zu kommen. Der G.A. ist davon überzeugt, daß der Besuch Dr. Weizmanns neben seiner hohen Bedeutung für die Einleitung der Winterarbeit des Keren Hajessod auch für die zionistische Werbearbeit grade jetzt von großer Wichtigkeit sein wird. Dr. Weizmanns Führereigenschaften, sein zionistischer Glaube und seine bezwingende Überzeugunskraft werden der zionistischen Idee in Deutschland neue Kreise gewinnen, die Zionisten mit gesteigertem Pflichtbewußtsein und erhöhter Hoffnungsfreudigkeit erfüllen und die Arbeit für das Aufbauwerk in Palästina entscheidend fördern.

Warum Bentwich entlassen wurde.

London, 24. September (JTA.) In der Sitzung des Unterhauses richtete Colonel Wedgwood an den Minister für die Kolonien Thomas die Frage, welche Gründe für den früheren Kolonialminister Lord Passfield maßgebend waren, als er einen so fähigen und hochverdienten Beamten wie den Chef des Justizdepartements der Palästina-Regierung und Oberstaatsanwalt Palästinas Norman Bentwich vorzeitig in Pension geschickt hat.

Der Kolonialminister der Nationalen Regierung, Herr Thomas, gab in der Beantwortung dieser Frage zu, daß „besondere rassische und politische Verhältnisse in Palästina“ es äußerst schwer machten, Norman Bentwich auf seinem bisherigen Posten zu behalten. Minister Thomas fügte sofort hinzu, daß Bentwichs persönliche Fähigkeiten und sein Charakter bei seiner Pensionierung in keiner Weise eine Rolle gespielt haben.

Thomas erklärte weiter, die Regierung habe Norman Bentwich zweimal höhere Posten im richterlichen Kolonialdienst angeboten, Bentwich habe aber diese Posten abgelehnt und erklärt, er nehme einen Posten außerhalb Palästinas nicht an. Nach dieser Haltung Bentwichs habe die Regierung keine andere Wahl gehabt, als Bentwich durch Pensionierung aus dem Palästinadienst zurückzuziehen.

Bei diesen Worten des Ministers sprang Colonel Wedgwood erregt auf und richtete an Herrn Thomas die Frage, ob Bentwich darum ersucht worden sei, zurückzutreten, weil er Jude ist. Der „Speaker" des Unterhauses ließ diese Frage nicht zu, sie wurde auch durch Thomas nicht beantwortet.

Einer unmittelbar darauf von dem bekannten Antizionisten Howard Bury betreffend den Rücktritt Bentwichs gerichteten Frage an den Kolonienminister war zu entnehmen, daß Bentwich gezwungen wurde, acht Jahre vor Erreichung des Pensionsalters von seinem Amte zurückzutreten und daß, um Bentwichs Pensionierung eine rechtliche Grundlage zu geben, eine besondere gesetzliche Regelung hierfür getroffen worden sei.

*

Man wird nicht gut behaupten können, daß der Entlassung Bentwichs antisemitische Motive zugrunde liegen; die Zusammensetzung der gegenwärtigen englischen Regierung verbietet eine solche Annahme — aber antizionistische Motive waren es sicherlich. Diese Maßnahme fügte sich den vielen anderen dieser Art an, die von Passfield imitiert wurden; die Jewish Agency und die Zionistische Organisation werden sich keinesfalls mit ihr abfinden dürfen.

Elf Thora-Rollen aus einer Synagoge in Rumänien gestohlen

B u k a r e s t 22. September (JTA.) In der Nacht vom 20. September drangen Einbrecher in die große Synagoge von Adjud (Bezirk Bakau) ein, brachen die Thoralade auf und stahlen sämtliche elf Thora-Rollen, die sich in derselben befanden, darunter einige, die über 150 Jahre alt sind und einen großen Wert repräsentieren. Der Gesamtschaden beläuft sich auf über eine Million Lei. Am nächsten Tage wurde der Synagogenvorstand in einem Schreiben aufgefordert, an einer bestimmten Stelle 30 000 Lei zu erlegen, worauf die entwendeten Thora-Rollen zurückgebracht werden würden. Die Behörden sind um die Aufklärung des Falles bemüht.

Das palästinensische Pfund im Zeichen der Währungskrise

J e r u s a l e m, 27. September. (JTA.) Die palästinensische Währung macht gegenwärtig eine Bewegung in dem gleichen Verhältnis wie das englische Pfund Sterling durch. Das macht sich gegenüber dem Auslande insofern bemerkbar, als im Verkehr mit Ägypten und Syrien, den Ländern, mit denen Palästina in einem intensiven Handelsverkehr steht, das palästinensische Pfund zu dem gleichen Kurs wie der englische Sterling umgerechnet wird; im Inlande ist die Wirkung die, daß eine starke Nachfrage nach Gold-Sovereigns, besonders unter den Fellachen, die Goldmünzen hamstern, herrscht. Dies hat zunächst zur Folge, daß die Preise für Nahrungsmittel und andere Bedarfsartikel um 10 Prozent gestiegen sind. Die Großhändler zögern, Handelsgeschäfte auf Dauer zu tätigen.

Rosch Haschanah in Jerusalem

J e r u s a l e m, 14. September. (JTA.) Die Stimmung des jüdischen Neujahrs (Rosch Haschanah) prägte sich im ganzen Lande Palästina aus. Die hebräischen Tageszeitungen, die gewöhnlich vier Seiten stark erscheinen, brachten Neujahrsnummern in der Stärke von je 32 Seiten heraus, in denen Überblicke über die Entwicklung des Jüdischen Nationalheims und die Fortschritte des arabischen Elements im Lande im abgelaufenen Jahre gegeben werden. Die in englischer Sprache erscheinende Tageszeitung „Palestine Bulletin" brachte ebenfalls eine außerordentlich starke Rosch Haschanah-Nummer heraus, die u. a. eine große Zahl Neujahrsgrüße nichtjüdischer Firmen und Privatpersonen an jüdische Geschäftsfreunde und jüdische Bekannte enthält. Zu den Rosch Haschanah-Andachten an der Klagemauer strömten Tausende Juden. Infolge des Zudranges der Andächtigen waren die Wege zur Klagemauer von zahlreichen Polizeiposten kontrolliert, die für einen ordnungsmäßigen Verkehr sorgten.

Das Mitglied der Exekutive der Jewish Agency, Dr. Chaim Arlosoroff, besuchte die Oberrabbiner der verschiedenen religiösen Richtungen und überbrachte ihnen Rosch Haschanah-Grüße.

Fortschritte der jüdischen Siedlung in Palästina

J e r u s a l e m, 24. September. (JTA.) Durch die Erwerbung weiteren Landes im Emek Jesreel seitens des Jüdischen Nationalfonds auf dem Hügel von Kumi wrden die umliegenden jüdischen Siedlungen vergrößert. Zu diesen gehören die genossenschaftlichen Siedlungen von Ein Charod, Gema und Tel Josef und die Siedlung für Einzelwirtschaften Kfar Jecheskiel. Die neu hinzukommenden Ländereien sind von großer wirtschaftlicher Bedeutung für diese Siedlungen.

Von zuverlässiger Stelle wird bekanntgegeben, daß annähernd 10 000 Dunam neue Orangenpflanzungen während der letzten Pflanzungssaison von Juden angelegt wurden.

Für die Vollendung des neuen Jemenitenviertels „Tirath Schalom" auf J.N.F.-Land bei Ness Zionah, das nach Schalom Shazabi, einem jemenitischen religiösen Dichter benannt ist und von den Jemeniten aus den alten Vierteln von Rischon Lezion bewohnt werden soll, sind Vorkehrungen getroffen worden. Das neue Dorf wird 23 Häuser haben und jeder Siedler erhält etwa 20 Dunam Land.

Aaron Eisenberg, ein Pionier der Palästina-Kolonisation, gestorben

J e r u s a l e m, 27. September. (JTA.) Hochbetagt starb in Rechoboth der Palästina-Pionier Aaron Eisenberg, einer der ältesten Chowewe Zion und einer der Begründer der Kolonien Rechoboth und Chedera. Zuletzt war er Direktor der Agudath Netajim (Pflanzer-Verein). Die Bestattung fand in Rechoboth unter sehr großer Beteiligung statt.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Jüdisches Jugendheim, München. Im Jüdischen Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße 1, finden im Oktober folgende gemeinsame Abende statt:

Montag, 5. Oktober, 8.30 Uhr (Lessingsaal) Geselliger Abend mit Tanz.

Mittwoch, 7. Oktober, 8.30 Uhr, Presseabend. (Aus Zeitungen und Zeitschriften werden bedeutsame Artikel gelesen und gemeinsam besprochen.)

Montag, 12. Oktober, 8.30 Uhr, spricht Herr Max Schwarz über: Strafgerichte und Strafverfahren.

Montag, 19. Oktober, 8.30 Uhr (Lessingsaal), Geselliger Abend mit Tanz.

Mittwoch, 21. Oktober, 8.30 Uhr, Presseabend.
Montag, 26. Oktober, 8.30 Uhr, spricht Herr Hugo Droller über: Nahrungsmittel und Ernährung.

Die gesamte jüdische Jugend ist zu diesen Veranstaltungen, sowie zur Benützung des ständig geöffneten Lesezimmers, in welchem eine Reihe die Jugend besonders interessierender Zeitschriften und Broschüren bereitliegen, herzlchst eingeladen. Der Arbeitsausschuß.

München. Vortrag von Dr. Hans Kohn. Im Rahmen der Veranstaltungen der Jesaia-Loge wird Herr Dr. Hans Kohn am Dienstag, dem 13. Oktober, abends halb 9 Uhr, in den Räumen der Concordia (Prannerstraße 4/o) nach einer soeben beendeten Studienreise durch Rußland über „Bolschewismus und Religion" (Reiseeindrücke aus Sowjet-Rußland) sprechen. Dr. Kohn hat darüber auch eine Aufsatzserie in der „Frankfurter Zeitung" begonnen. Der Redner ist einer der besten Kenner des vorderen Orients; seine großen Werke „Geschichte der nationalen Bewegung im Orient" (1928) und „Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient" (1931) haben autoritative Weltgeltung. Angehörige und Freunde der Mitglieder der Jesaia-Loge haben zu dem Vortrag freien Eintritt.

Simchat-Thora-Fest der hebräischen Sprachkurse. Die hebräischen Sprachkurse veranstalten am Simchat-Thora-Ausgang (Sonntag, den 4. Oktober, im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1) einen gemütlichen Abend mit Darbietungen, zu dem alle Freunde der hebräischen Kultur herzlichst eingeladen sind. Eintritt frei!

Jüdischer Gesangverein, München. Anläßlich des Wiederbeginnes der Proben findet am Dienstag, dem 6. Oktober, im Probelokal (Lessingsaal) ein gemütlicher Teeabend (Simchat-Thora-Nachfeier) statt. Gäste willkommen.

Bar-Kochba Damen-, Mädchen-, Kinderabteilung

Der gesamte Turnbetrieb ist wieder in vollem Gang. Die Kinder-Abteilung turnt Mittwoch nachmittag von 3 bis 4 Uhr im Turnsaal der Jüdischen Volksschule, Herzog-Rudolf-Straße 1. Die Mädchen-Abteilung Montag von 6—7 Uhr in der Volksschule an der Luisenstraße, die Damen-Abteilung I Montag von 7—8 Uhr, die Damen-Abteilung II Montag von 8—9 Uhr in der Volksschule an der Luisenstraße. Sämtliche Mitglieder werden aufgefordert, die Turnstunde regelmäßig und pünktlich zu besuchen.

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth

Am Donnerstag, dem 24. September, begannen wir mit der Abhaltung unserer regelmäßig 14tägig stattfindenden Ortsgruppenabende. Das Thema des ersten Vortragsabends lautete: „Die Soziologie der Juden" (nach Ruppin); Referent war Herr Hans Wolf-Veith.

In einem nahezu zweistündigen Referat gab der Redner einen interessanten Auszug aus der „Soziologie der Juden". Angesichts des ungeheuren Zahlenmaterials, mit dem das Ruppinsche Buch ausgestattet ist, war es nicht einfach, in der durch einen Vortrag bedingten Kürze ein anschauliches Bild von der gesellschaftlichen Schichtung und dem Stand des jüdischen Volkes zu geben. Der Referent verstand es aber, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden und in eindrucksvoller Weise die wesentlichsten Tatsachen einer interessierten Zuhörerschaft darzulegen.

Herr Dr. Liebstaedter, der den Abend leitete, dankte dem Redner im Namen der zahlreich erschienenen Gäste.

Die glückliche Geburt eines Stammhalters

Jehosuah Elijahu

zeigen hocherfreut an.
ISAAC STURM UND FRAU
München, 24. Sept. 1931 (13. Tischri)

Was Du brauchst
kaufe bei
TIETZ
Der Name bürgt für zuverlässige Qualitäten und billigste Preise
Tietz hat Alles!

Israelitisches Mädchenheim
MÜNCHEN, KAISERPLATZ 6/I
Gemütliche, sonnige Zimmer / Gute rit. Verpflegung
Pensionspreis M. 80.— / Anmeldungen dortselbst
Telefon 33953

Holzkirchener-Sterncamembert
feinstes Erzeugnis
seit 1905
Alleiniger Hersteller:
J. Goldmann & Co., Dampfmolkerei Holzkirchen

Oskar Böhm / München



Glasermeister
Thierschstraße 39 / Telephon: 26103
Einglasen von Schaufenstern / Neubauten / Ein- und Umglasen von Glasdächern bei langj. Garantie / Ausführung sämtl. Reparaturen in allen Stadtteilen ohne Preisaufschlag. Offerte kostenlos.

Färberei J. Arnold
Chemische Waschanstalt

SIGMUND BICK
Malergeschäft / Schriftenmalerei
Spezialität:
Chinesische Lackmalerei auf Möbel
MÜNCHEN V, FRAUENLOBSTR. 24
Persönliche Ausführung von Malerarbeit jeder Art, solide und preiswert

RICHARD GÜLDENSTEIN

Vertreter der
BUCHDRUCKEREI B. HELLER
Plinganserstr. 64 / Tel. 73664/65
Privat: Schubertstraße 3/II
Telephon 54062

BAD GASTEIN



Haus Hochland, schöne, ruhige Lage, moderne Einrichtung, gibt Pauschalkuren:

10 Tage	S. 100.—
14 Tage	S- 135.—
21 Tage	S. 200 —

Nichts mehr zu bezahlen als Mittag- u. Abendtisch.

SELMA EMRICH
SCHÜLERPENSIONAT
WÜRZBURG / TRAUBENGASSE 3
Gewissenhafte Überwachung / Beste Verpflegung

Annahme von
kleinen Anzeigen
für
„Das Jüdische Echo“ und die
„Bayerische Israelitische Gemeindezeitung“
auch
Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2
VERLAG B. HELLER, MÜNCHEN, PLINGANSERSTRASSE 64

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.